



Verleihung des Hannah-Arendt-Preises für Politisches Denken 2005

## **Rede der Preisträgerin, Staatspräsidentin Vaira Vike-Freiberga**

16. Dezember 2005

„Die gemeinsame Gestaltung einer europäischen Identität ist zu einem der wichtigsten Ziele der europäischen Politik avanciert, denn nur so vermag Europa diejenigen Aufgaben zu bewältigen, vor die seine Bürger es gestellt sehen.

In der Geschichte der Europäischen Union gab es zahlreiche Krisen, und es ist charakteristisch für die Europäer, etwas pessimistisch in die Zukunft zu blicken. Im Jahre 1953 hat Harold Mac Millan einmal gesagt: „Europa ist am Ende, es stirbt. Wäre ich jung, dann würde ich nach Amerika emigrieren.“ Ich hingegen hätte es im Jahre 1998 so formuliert: „Europa steht vor einem neuen Anfang, es erhebt neu, und obwohl ich nicht mehr jung bin, kehre ich aus Amerika dorthin zurück.“ Und auch heute möchte ich mit meiner vollen Überzeugung schließen, daß die bereits erweiterte Europäische Union kreative und effektive Antworten auf sämtliche Herausforderungen, die ihr bevorstehen, zu finden vermag. Angefangen beim allerwichtigsten: unserem Glauben daran, daß wir mit vereinten Kräften das Haus Europa als unser gemeinsames Zuhause aufzubauen vermögen, und daß wir alle darin gemeinsam leben können – im Geiste der Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit, der Solidarität und aller anderen Werte des europäischen Humanismus.“

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit großer Überraschung und großer Freude habe ich von der Entscheidung erfahren, den diesjährigen Hannah-Arendt-Preis für Politisches Denken an mich zu vergeben. Ich fühle mich äußerst geehrt, tief gerührt und dankbar darüber.

Ich glaube, es ist in einem gewissen Sinne paradox, daß ich mit einem solchen Preis ausgezeichnet werde. Hannah Arendt hat die Überzeugung vertreten, daß „der Sinn von Politik Freiheit“ ist und daß diese im aktiven Handeln zu erleben ist. Ich hingegen hatte der Politik die meiste Zeit meines Lebens bewußt den Rücken zugekehrt. Ich sah in ihr keinen Sinn, keinen Spielraum und keine Hoffnung in meiner Zukunft, da meine Heimat ihre Unabhängigkeit verloren hatte und ich in meiner damaligen Wahlheimat Kanada nie die politischen Möglichkeiten eines gebürtigen Staatsbürgers genießen würde. Deswegen habe ich die meiste Zeit meines Lebens der Wissenschaft, Forschung und Lehre gewidmet. Zwar war ich von Zeit zur Zeit mit Politik Gestaltung und Administration konfrontiert, vorwiegend jedoch „nur“ (in Führungszeichen) mit Denken und Kontemplation beschäftigt. Durch die

Wiederbefreiung meines Landes habe ich das Glück mitzerleben, wie Freiheit in politisches Handeln umgesetzt wird, und mitzuwirken an politischen Entscheidungen, deren Folgen nachhaltig sind und die sogar über die Grenzen meines Landes hinauswirken.

Während meiner frühen Kindheit in Lettland wurde meine Heimat von fremden Mächten besetzt – zuerst 1940 aus dem Osten, von der Sowjetunion, dann 1941 aus dem Westen, vom nationalsozialistischen Deutschland, und schließlich, 1944 und 1945, abermals aus dem Osten. Krieg, Invasion, brutale Okkupation und unwürdige Unterjochung waren die Gegenstände der geflüsterten Gespräche der mich umgebenden Erwachsenen, aber auch nostalgische Erinnerungen an die verlorene Unabhängigkeit Lettlands. Es konnte keine Politik geben unter der Gestapo oder unter dem KGB. Die Leute in meiner Heimat versuchten, sich so unauffällig wie nur irgend möglich zu verhalten, in der Hoffnung zu überleben, ohne als Feinde oder als Kollaborateure des jeweiligen Systems gebrandmarkt zu sein. In beiden Fällen riskierten sie ihr Leben, sei es unter dem jeweils herrschenden System oder unter dem darauffolgenden. Schockiert und ungläubig verfolgten weite Teile der Bevölkerung, wie Zehntausende friedlicher Zivilisten verhaftet, deportiert, gefoltert oder ermordet wurden, wie mehr als einhundertzwanzigtausend Männer und Jungen von beiden Okkupationsmächten an die Front geschickt wurden, um ihnen als Kanonenfutter zu dienen.

Während über unseren Köpfen die Bomben fielen, sehnte ich mich nach jenen Tagen, „da die Friedensglocken läuten“, wie ich die Worte eines Psalms in Erinnerung behalten hatte, den wir in der Kirche gesungen hatten. Als der Frieden dann jedoch kam, hatte mein Heimatland seine Unabhängigkeit und meine Nation ihre Freiheit verloren, ebenso wie das übrige Mittel- und Osteuropa.

Die westliche Hälfte Europas konnte ihre Befreiung von fremder Besatzung und den Niedergang der nationalsozialistischen und faschistischen Regime feiern. Der Westen konnte ein neues Kapitel aufschlagen und den Wiederaufbau beginnen. Die andere Hälfte Europas blieb in der Gefangenschaft der kommunistischen Tyrannei und wurde als Gefangener gehalten hinter dem sehr treffend so bezeichneten Eisernen Vorhang.

Meine Damen und Herren,

Politik ist ein sozialer Prozeß, in dem eine Nation die Freiheit nutzt, ihre eigenen gemeinsamen Ziele zu stecken, die Freiheit, ihre eigenen gemeinsamen Entscheidungen zu treffen und die Freiheit, von den Früchten dieser Entscheidungen zu leben. Das Recht, sich aktiv am politischen Prozeß zu beteiligen, muß das unveräußerliche Gut eines jeden Bürgers eines freien, unabhängigen und demokratischen Staates sein. Ist ein Land durch eine fremde Macht okkupiert oder auch nur annektiert, so ist das Volk seiner politischen Urrechte beraubt.

In einem Land, das von Fremden beherrscht wird, kann es keine wahre Politik geben, sondern lediglich ihre Imitation. Für diejenigen, die aus einem solchen Land fliehen, gibt es ebenfalls keine Möglichkeit, wahre Politik zu betreiben, weil sie ihr Land nicht mehr regieren oder zumindest beeinflussen oder verändern können durch ihr Lebenswerk.

So schrieb der Dichter Rainis bereits nach der Revolution von 1905 in seinem Schweizer Exil:

„Land, o Land, was ist ein Land,  
Wenn man keine Freiheit hat;  
Freiheit, Freiheit, was ist Freiheit,  
Ist man ohne eignes Land.“

Als meine Eltern mit mir ins Exil gingen, taten sie dies aus Protest gegen die militärische Okkupation durch ein fremdes Land und gegen die Erniedrigung und Verfolgung von allem, was ihnen teuer war. Sie haben der sicheren Gefahr gegenüber der Hoffnung auf Sicherheit den Vorzug gegeben, weil sie ihre Hoffnung auf Freiheit höher schätzten als die Sicherheit der Unterdrückung. Als eine Konsequenz ihrer Entscheidung habe auch ich damals meine Heimat verloren, mein Erbe und meine politischen Urrechte als gebürtige Staatsbürgerin. Die lettische Nation und ihre Nachbarn haben dies alles verloren durch die Machtkämpfe zwischen den Tyrannen und den Großen jener Zeit, aber auch durch die Abkommen, die damals – über unsere Köpfe hinweg und hinter unserem Rücken – während der Konferenzen von Teheran und Jalta getroffen wurden.

Nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges haben die Flüchtlinge aus Osteuropa weniger über Politik diskutiert als sie im wahrsten Sinne des Wortes gelebt. Wir waren im politischen Exil. Wir sahen unser Dasein im Westen als eine lebende Anklage gegen den Kommunismus, als lebenden Protest gegen die widerrechtliche Besatzung unseres Landes. Wir hatten die Empfindung, durch unser Handeln und unser Leben an sich ein ungemein wichtiges politisches Statement zu machen. Es hat lange Zeit gedauert, bis wir begriffenen, daß niemand wirklich daran interessiert war, unsere Botschaft zur Kenntnis zu nehmen.

Hannah Arendt hat über die Freiheit geschrieben, die das Exil bietet – und auch über deren sehr hohen Preis. Da ich im Exil aufwuchs, begriff ich es als die Herausforderung meines Lebens, die Vorteile dieser Freiheit zu maximieren und ihren Preis zu minimieren. Dies stand auf dem Fuß zu der Einstellung meiner Eltern und meiner ersten Lehrer, die es als moralische Pflicht empfanden, unsere lettische Identität zu bewahren, unabhängig davon, ob es dort andere Letten gab, mit denen man sich hätte austauschen können, und unabhängig davon, ob wir jemals nach Lettland zurückkehren würden. Es war ein Akt des Trotzes gegenüber jenen Mächten, die danach trachteten, alles spezifisch Lettische zu vernichten. Und für meine Eltern war es auch eine Frage des persönlichen Stolzes. Das Aufgeben der eigenen Identität käme einem Eingeständnis gleich, daß sie gegenüber anderen minderwertig sei, es hätte den Verrat an den Vorvätern wie auch am ureigensten Wesen bedeuten. Die Generation meiner Eltern erzog ihre Kinder patriotisch – in dem Sinne, ihr Heimatland von ganzem Herzen zu lieben und ihr ganzes Leben dem Wohle ihrer Nation zu widmen.

Das Europa, in dem meine Generation aufwuchs, wurde weder von Vernunft noch von Recht noch von Gerechtigkeit regiert. Es gab lediglich Armeen, brutale Gewalt, willkürliche Zerstörung, und Millionen von Menschen wurden willkürlich umhergetrieben wie abgerissene Blätter im Sturm. Und schon als kleines Kind begriff ich, was diese Welt zusammenhielt: erstens Waffengewalt, zweitens die Gewalt der Angst und Einschüchterung, und drittens der Überlebensinstinkt und das Anpassungsvermögen, die ein Teil unseres biologischen Erbes sind. Wenn er gezwungen ist, paßt der Mensch sich an fast alles an. Denn wenn er es nicht tut, geht er zugrunde.

Ein verstörender Aspekt einer Kultur, eines Kultes der Gewalt ist ihre Fähigkeit, Menschen zu korrumpieren. Es ist verstörend, die Genugtuung zu sehen, die sich manche Menschen dadurch verschaffen können, indem sie Macht über andere haben. Es ist dermaßen verstörend, daß wir oftmals unsere Blicke abwenden und vorgeben, es nicht zu sehen. Die Schlägertypen auf dem Schulhof haben Spaß an dem, was sie tun.

Sie verschaffen sich eine tatsächliche Befriedigung und Erregung dadurch, daß sie kleinere Kinder terrorisieren und schlagen. Die Männer, die ihre Frauen schlagen, genießen es, sich zu betrinken und ihre Frustrationen durch ihre Fäuste abzureagieren, ohne sich schuldig zu fühlen, denn wenn sie wieder nüchtern sind, pflegen sie zu behaupten, sich an nichts erinnern zu können. Es ist dies etwas vollkommen anderes als die Banalität des Bösen, die Hannah Arendt in Eichmann erkannte, aber auch dies ist furchtbar genug.

Überall – im Alltag, an ganz einfachen Menschen – kann man die Keime sehen, die es jemandem erlauben, sich in einen Tyrannen zu verwandeln, wenn die Umstände es zulassen und der oder die Betreffende schlaue genug ist, sie auszunutzen.

Es ist ein verhängnisvoller Weg, wenn die sadistische Neigung, nicht nur anderen seinen Willen aufzuzwingen, sondern andere vorsätzlich zu quälen, dermaßen berauschend wird, daß sie zu einer profanen Sucht gerät. Dann wird die Macht um ihrer selbst willen benutzt, als eine Krücke für ein armseliges und unsicheres Ego, die klaffende, gähnende Leere der Seele eines Größenwahnsinnigen. Denken Sie in diesem Kontext auch an Nero oder Caligula, nicht nur an Hitler oder Stalin. Und schließlich gibt es da den perversen Durst nach Macht, der jene packt, die von Fanatismus und eigennützigem Ideologien ergriffen sind. Dies trifft wiederum auf Hitler zu, aber auch auf Torquemada und Savonarola, auf Osama bin Laden und die terroristischen Vereinigungen der heutigen Zeit. Was ich damit sagen will, ist das die Tyrannei nicht zu einem bestimmten Ort oder Zeit oder Mensch gehört. Deren Möglichkeit und Risiko liegen tief in der menschlichen Seele. Das heißt das die Demokratie eine ganz zarte Blume ist, die wiew immer aufmersam behüten und pflegen müssen, sonst ist die in Gefahr.

Merkwürdig in diesem Kontext ist auch das, wie viele Intellektuelle, Philosophen, Schriftsteller und Dichter den schlimmsten Tyrannen unterschützen, bewundern und verteidigen. Aber das ist wieder ein ganz anderes Thema.

Glücklicherweise gibt es auch viele Menschen, die zwar Macht über andere haben, dies jedoch aufgrund der Möglichkeit schätzen, Dinge auf eine Art und Weise tun zu können, von deren Richtigkeit sie überzeugt sind. Dies ist eine zielorientierte, instrumentelle Macht, die – im Idealfall – im Dienste übergeordneter Ziele oder Werte angewandt wird.

In einer demokratischen Gesellschaft wird die Macht delegiert und somit legitimiert. Zudem ist sie über die gesamte Gesellschaft verteilt, so daß nirgendwo Anhäufungen oder Defizite von Macht entstehen – und auch keine großflächigen Ausgrenzungen. Solange Hierarchien existieren, werden sie durch weitreichende horizontale Netzwerke gestützt, wo die Menschen in ihrem eigenen Kompetenzbereich volle Verantwortung tragen – mit dem kleinstmöglichen Eingriff von oben, der erforderlich ist, um ein allgemeines Funktionieren zu gewährleisten.

In totalitären Systemen wiederum ist die Macht in Händen eines Tyrannen konzentriert. Das Erstaunliche an solchen Systemen ist die Frage, wie sie es schaffen, so mächtig zu werden und sich oftmals auch noch für sehr lange Zeit an der Spitze zu halten. Ich denke, eine der möglichen Antworten liegt darin, daß viele Tyrannen wahrhafte Genies darin sind, Macht, Privilegien und Profite exakt in der richtigen Dosierung unter ihre Anhänger zu verteilen, daß diese – jeder auf seinem eigenen Gebiet – ihr ganz persönliches Interesse daran haben, den Tyrannen an der Macht zu halten.

Nero und Caligula waren überaus grausam; nur wurde der Schaden, den sie anrichteten, weitgehend neutralisiert durch legale und Verwaltungsstrukturen eines gut geölten Imperiums, die ungeachtet der Idiotie des Herrschers weiterhin funktionierten. Hitler und Stalin haben neue Maßstäbe für Tyrannei gesetzt, weil sie höchste Sorgfalt darauf verwandten, jeglichen Hort der Menschlichkeit in der Gesellschaft, der sich auch nur als die geringste Behinderung ihrer Launen und Forderungen erweisen könnte, niederzumachen. Es gibt einen Spruch, der Stalin zugesprochen wird und der seine „Politik“ auf den Punkt bringt: „Ist da ein Mensch, ist da ein Problem; kein Mensch – kein Problem.“

Dieser bei der Durchsetzung des Willens eines Diktators so gut funktionierende Ansatz funktioniert überhaupt nicht, wenn er auf den Diktator selber angewandt wird. Es wäre viel zu einfach zu sagen: „Ihr hattet einen Hitler, da hattet ihr ein Problem; als ihr keinen Hitler mehr hattet, war auch das Problem vom Tisch.“ Es mag im Nachkriegsdeutschland so ausgesehen haben, vor allem nach der Währungsreform und der immensen Hilfe durch den Marshall-Plan. Es war jedoch nicht der Tod Hitlers, der Deutschland von Wahnsinn und Tyrannei befreite. Es war die Niederlage in dem von Deutschland selber angezettelten Krieg, es war der Niedergang der NSDAP, es waren die Nürnberger Prozesse, es waren die weltweite Verurteilung und Diskreditierung der nationalsozialistischen Ideologie, des Fundaments, auf dem das „Dritte Reich“ errichtet worden war. Umgeben von Rauch und Trümmern, frierend, hungernd, obdachlos, besiegt und erniedrigt, erkannten Millionen von Deutschen ihre Verirrungen, schlugen eine neue Seite im Geschichtsbuch auf, fingen noch einmal ganz von vorne an – und machten es besser als jemals zuvor.

Im Gegensatz dazu gab es in der Sowjetunion, wo man vom Sieg der Alliierten über den Nationalsozialismus wie geblendet war, nichts als Triumph und Selbstzufriedenheit – und eine Verstärkung des Würgegriffs einer blutigen Tyrannei, die Hunderte Millionen von Menschen in ihrer Gewalt hielt.

Ende der achtziger Jahre wagten es einige lettische Intellektuelle, Auszüge aus Hannah Arendts Hauptwerk „The Origins of Totalitarianism“ veröffentlichten, um die lettische Nation über das Wesen des Totalitarismus philosophisch aufzuklären und sein Freiheitsbewußtsein zu befördern.

Die Übersetzung wanderte in Form von Kopien von Hand zu Hand, denn die Werke Hannah Arendts eben wie die Werke anderen westlichen Dänker wurden in der Sowjetunion weder gewürdigt noch verlegt. Ich denke, eine derart effektive, schnelle und umfassende „Volksschule“ demokratischer und philosophischer Ideen, wie es sie während jener Zeit im Baltikum gab, ist eine einzigartige Erscheinung.

Meine Damen und Herren,

Indem sie den sowjetischen Totalitarismus auf gewaltlose Weise überwandten, haben Lettland, Estland und Litauen auch einen Wertesieg errungen. Unsere Völker standen für eben jene Werte ein, die der Europäischen Union seit ihren ersten Anfängen bewußt machten, daß es sich bei ihr um eine Wertegemeinschaft handelt.

Bereits im ersten europäischen Integrationsvertrag, durch den im Jahre 1951 die *Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl* gegründet wurde, bekräftigten die Mitgliedsstaaten ihre Entschlossenheit, „an die Stelle der jahrhundertalten Rivalitäten einen Zusammenschluß ihrer wesentlichen Interessen zu setzen, durch die Errichtung einer wirtschaftlichen Gemeinschaft den ersten Grundstein für eine weitere und vertiefte Gemeinschaft unter den Völkern zu legen, die lange Zeit durch blutige Auseinandersetzungen entzweit waren, und die institutionellen Grundlagen zu schaffen, die einem nunmehr allen gemeinsamen Schicksal die Richtung weisen können“.

Ogleich die neue Europäische Verfassung in Frankreich und den Niederlanden abgelehnt wurde, enthält deren erster Artikel eine umfassende Referenz auf mehrere Werte, die sämtlichen Mitgliedsstaaten der EU gemeinsam sind: Achtung der Menschenwürde, Freiheit, Demokratie, Gleichheit, Rechtsstaatlichkeit und Wahrung der Menschenrechte einschließlich der Rechte der Personen, die Minderheiten angehören.

Die Gesellschaften der Mitgliedsstaaten werden charakterisiert durch Pluralismus, Nichtdiskriminierung, Toleranz, Gerechtigkeit, Solidarität und die Gleichheit von Frauen und Männern.

Die mit der Wertefrage aufs engste verbundene Frage einer gemeinsamen europäischen Identität hat eine mindestens dreißigjährige Geschichte. Auf der Kopenhagener Konferenz im Dezember 1973 tauchte zum ersten Mal die Frage einer gemeinsamen europäischen Identität auf der Tagesordnung auf; die Vorstellungen von einer solchen blieben jedoch auf einem sehr allgemeinen Niveau. Erst zehn Jahre später wurden politische Handlungsvorgaben formuliert, durch deren Umsetzung eine gemeinsame europäische Identität erst herausgebildet werden kann. Dabei wurde das „Bewußtsein eines gemeinsamen Kulturerbes“ als wichtigster Bestandteil bei der Herausarbeitung dieser Identität betrachtet.

In den achtziger Jahren stand die Herausarbeitung einer gemeinsamen Identität mit der gemeinsamen Bildungspolitik der Europäischen Gemeinschaft im Zusammenhang. Seit den neunziger Jahren wiederum begann man den Begriff einer gemeinsamen europäischen Identität zu anzuwenden, wenn von der Notwendigkeit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik die Rede war.

Im Vertrag von Maastricht heißt es, die europäische Identität und Eigenart müsse in der weltpolitischen Arena zum Tragen kommen. Dies wurde auch am Vorabend der EU-Erweiterung im Jahre 1996 auf der Zwischenregierungskonferenz in Amsterdam betont. Seit den neunziger Jahren wird dem Thema Identität immer größere Bedeutung beigemessen, was die Sorge hinsichtlich einer immer größer werdenden Europa-Skepsis widerspiegelt. Diese wird durch Meinungsumfragen verdeutlicht, die das Zugehörigkeitsgefühl der Menschen zu Region, Staat und Europa zum Gegenstand haben.

Die Idee einer gemeinsamen europäischen Identität hat sich gleichzeitig mit dem eigentlichen europäischen Integrationsprozeß entwickelt. Zu Anfang dieses Integrationsprozesses, als die Europäische Gemeinschaft vom Wirtschaftsgedanken geprägt war, gab es bezüglich der Thematik einer gemeinsamen europäischen Identität lediglich ein rein wissenschaftliches Interesse. Heute hingegen, da die EU sich zu einer Gemeinschaft der Politiken entwickelt, bedarf die EU-Politik in immer höherem Maße der Unterstützung und Mitarbeit ihrer Bürger. Entscheidungen, die früher auf nationaler Ebene getroffen wurden, werden im Zuge der voranschreitenden Integration immer häufiger auf europäischer Ebene getroffen.

Um eine tatkräftige politische Einheit zu werden – sowohl in der Innen- wie in der Außenpolitik –, benötigt Europa auf das dringendste die Bereitschaft seiner Bürger, sich an den Integrationsprozessen zu beteiligen, indem sie die auf europäischer Ebene getroffenen Entscheidungen akzeptieren und unterstützen. Für das erfolgreiche Fortkommen des Projektes Europa bedarf es einer Identität, die umfassender ist als ein Verständnis hinsichtlich gemeinsamer Interessen. Eine gemeinsame Identität ist die Voraussetzung für eine wahrhaft solidarische und demokratische Gemeinschaft. Ohne Zweifel würde ein konstitutioneller Vertrag hierfür eine neue Etappe bedeuten. Heute sind wir gezwungen festzustellen, daß in Europa nicht alles wie am Schnürchen läuft. Frankreich und die Niederlande haben die neue Europäische Verfassung abgelehnt. Das ist bedauerlich, und es ist wichtig zu begreifen, wie es zu diesem Ergebnis gekommen ist.

Das „Nein“ Frankreichs und der Niederlande ist nicht allein mit einer Unzufriedenheit mit den nationalen Regierungen zu erklären. Viele Bürger Europas sind auch mit Europa unzufrieden. In Frankreich werden oft kritische Stimmen laut, die bemängeln, Europa folge dem angelsächsischen Wirtschaftsmodell. Und vielen von jenen, die mit „Nein“ gestimmt haben, erscheint Europa als zu liberal. Das „Nein“ der Niederlande hat seine Ursache in Fragen wie die potentielle EU-Mitgliedschaft der Türkei, die Immigration und die Höhe des niederländischen Beitrags zum EU-Budget. Ohne Zweifel hat das niederländische Ergebnis des Referendums das französische „Nein“ stark beeinflusst. Welche Schlußfolgerungen können wir aus diesen negativen Ergebnissen ziehen?

Wie Meinungsumfragen belegen, besteht ein sehr großer Unterschied zwischen den Gedanken der europäischen Bürger zur Integration und denjenigen der Politiker. Die Politiker in Brüssel wie in anderen europäischen Hauptstädten sind sich sehr bewußt darüber, daß Europa nötig ist, um Antworten auf die Herausforderungen der globalisierten Weltwirtschaft zu finden.

Wenn die Abstimmung über die Europäische Verfassung in der Französischen Nationalversammlung stattgefunden hätte, dann hätten 85% der Abgeordneten dafür gestimmt. Wie kann dieser immense Unterschied der Wahrnehmung Europas zwischen den Politikern und den Wählern überwunden werden? Wie kann eine

gemeinsame europäische Identität befördert werden, die auf gemeinsamen Werten gründet? Wie kann ein europäisches Selbstbewußtsein befördert werden, das die Europäer als eine politische Nation konsolidiert?

Bronislav Geremek hat einmal gesagt: „We do have Europe, now we are in need of Europeans“ (was übrigens die Paraphrase eines Ausspruchs von Massimo d’Azeglio zum italienischen Vereinigungsprozeß aus dem Jahre 1870 ist: „Jetzt, da wir Italien erschaffen haben, müssen wir die Italiener erschaffen“).

Europa ist Teil unseres Alltags, es ist regelmäßig Thema der innenpolitischen Debatten – die internen Arbeitsmethoden der EU, die Verwirklichung ihrer Politik jedoch sind den Bürgern unverständlich geblieben. Die in den fünfzig Jahren seines Bestehens geschaffene Symbolik des europäischen Bündnisses ist überaus bescheiden: eine Fahne, eine Hymne und einige gegenständliche Zeichen – Pässe, Briefmarken und Hinweisschilder an Grenzübergängen. Das Manko an Symbolen steht für einen Mangel an einheitlicher politischer Konzeption. Es gibt eine unablässige Konfrontation zwischen verschiedenen kulturellen und politischen Identitäten. Derzeit divergiert das Verständnis darüber, was ein Staat ist. Es besteht ebenso ein gravierender Unterschied zwischen den jakobinischen Traditionen Frankreichs und den föderativen Traditionen Deutschlands wie zwischen dem britischen Parlamentarismus und dem französischen Präsidialsystem.

Gleichzeitig belegte im Juli 2004 eine Euro-Barometer-Umfrage über die Wahlen zum Europäischen Parlament, daß sich nichtsdestotrotz über zwei Drittel (nämlich 69%) der Bürger als Europa zugehörig und fast ebenso viele (66%) als EU-Bürger fühlen. Insgesamt zwei Drittel der Europäer – in den neuen Mitgliedstaaten mehr als in den alten – befürworten die Idee einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik. Eine noch größere Befürwortung durch die Bürger (nämlich 80%) hat eine gemeinsame Verteidigungspolitik. Vorläufig jedoch ist es so, daß auf diesen Gebieten Einstimmigkeit erreicht werden muß, damit Entscheidungen getroffen werden können. Die einstimmige Abstimmung erschwert das Treffen von Entscheidungen, und somit besteht das Risiko, daß die Politik nicht effektiv ist und nicht in der Lage, ausreichend schnell auf internationale Vorkommnisse zu reagieren.

In den letzten sechzig Jahren hat Europa eine immense Aufgabe bewältigt. Es hat den Europäern eine in der europäischen Geschichte noch nie dagewesen lange Periode des Friedens und der Sicherheit beschert, es vermochte die ein halbes Jahrhundert währende Spaltung Europas zu überwinden, indem es Ost- und Westeuropa vereinte. Der „Bau Europas“ ist dabei jedoch in erster Linie die Aufgabe von Politikern gewesen, und die europäischen Bürger haben sich im stillen mit dieser Tatsache abgefunden.

Im Hinblick auf die Aufgaben, die Europa heute zu bewältigen hat, ist deutlich, daß die bisherige Methode des „Baus Europas“ – indem man ihn Politikern und Beamten überläßt – nicht mehr effektiv noch akzeptabel ist.

Die gemeinsame Gestaltung einer europäischen Identität ist zu einem der wichtigsten Ziele der europäischen Politik avanciert, denn nur so vermag Europa diejenigen Aufgaben zu bewältigen, vor die seine Bürger es gestellt sehen.

In der Geschichte der Europäischen Union gab es zahlreiche Krisen, und es ist charakteristisch für die Europäer, etwas pessimistisch in die Zukunft zu blicken. Im Jahre 1953 hat Harold Mac Millan einmal gesagt: „Europa ist am Ende, es stirbt.



Wäre ich jung, dann würde ich nach Amerika emigrieren.“ Ich hingegen hätte es im Jahre 1998 so formuliert: „Europa steht vor einem neuen Anfang, es erhebt neu, und obwohl ich nicht mehr jung bin, kehre ich aus Amerika dorthin zurück.“ Und auch heute möchte ich mit meiner vollen Überzeugung schließen, daß die bereits erweiterte Europäische Union kreative und effektive Antworten auf sämtliche Herausforderungen, die ihr bevorstehen, zu finden vermag. Angefangen beim allerwichtigsten: unserem Glauben daran, daß wir mit vereinten Kräften das Haus Europa als unser gemeinsames Zuhause aufzubauen vermögen, und daß wir alle darin gemeinsam leben können – im Geiste der Gerechtigkeit, der Brüderlichkeit, der Solidarität und aller anderen Werte des europäischen Humanismus.